

Diskussionspapier zur Regionalpolitik

Politische Zielsetzungen

im Bereich

Bodensee-Oberschwaben



Die Punkte

| | |
|--|-----------|
| 1. Allgemeine Entwicklung der Region | 3 |
| 2. Wirtschaft | 4 |
| Der Bodensee-Raum als EU-Außengrenze | 5 |
| 3. Bildung und Kultur | 6 |
| 4. Tourismus | 7 |
| 5. Verkehr | 8 |
| 6. Umwelt, Natur und Wassersport in Bodensee-Oberschwaben | 10 |
| 7. Hochwasserschutz | 12 |
| 8. Landwirtschaft | 13 |
| Für den Mittelstand auch in der Landwirtschaft: Stärkung der kleinen und mittleren Betriebe | 14 |
| Milchwirtschaft | 15 |
| 9. Das Ehrenamt als Säule der Gesellschaft | 16 |
| 10. Euregio Bodensee – Bodenseerat | 17 |
| 11. Jugend | 18 |
| Generationengerechtigkeit..... | 18 |
| 12. Zum Stichwort..... | 19 |

1. Allgemeine Entwicklung der Region

Nach Auffassung der Liberalen ist die jetzige Struktur der Wirtschaft, Kultur, Tourismus, Umwelt, Natur und Wassersport in ihrer Ausgewogenheit zu erhalten und nachhaltig weiterzuentwickeln.

Die Grenzen des Wachstums sind im unmittelbaren Uferbereich des Bodensees erreicht. Die FDP Bodensee-Oberschwaben tritt daher für eine maßvolle und zurückhaltende Entwicklung im unmittelbaren Uferbereich ein.

Ein zentraler Wirtschaftssektor in Bodensee-Oberschwaben die Tourismuswirtschaft ist vom Land weiter durch das bewährte Tourismus-Infrastrukturprogramm zu fördern.

Bei bestehenden Betrieben in unmittelbarer Seenähe sind bauliche Maßnahmen und Kapazitätsausweitungen nur in dem Maß zuzulassen, das zum Erhalt der derzeit bestehenden Arbeitsplätze notwendig ist. Als Beispiel das geplante Materiallagerzentrum der MTU in Friedrichshafen.

Die Erhaltung der Qualität der Landschaft setzt den Nutzungsmöglichkeiten und Ansprüchen der Wirtschaft, des Fremdenverkehrs, der Siedlungsentwicklung und des Verkehrs Grenzen.

Im gesamten Bodenseegebiet und in Oberschwaben sind gegensätzliche Nutzungsziele ausgeprägt, die zu Konflikten führen können. Die Beeinträchtigung der Tourismuswirtschaft durch den Flugverkehr des Flughafens Zürich ist im ständigen Dialog mit den Grenzregionen in der Schweiz zu erörtern und zu regeln.

In allen Bereichen steht die Ökologisierung von Wirtschaft, Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft bevor.

Liberaler am Bodensee und Oberschwaben setzen auf die Marktwirtschaft, die ökologisch und sozial verantwortbar ist.

Ökologische verantwortbare Technik hat ein großes ungehobenes Potential, auch und gerade für den Bereich Bodensee-Oberschwaben.

2. Wirtschaft

Die Wirtschaftsstruktur der Region wird durch eine Mischung aus traditioneller, angestammter und erfolgreicher Industrie und einem gesunden Mittelstand, Landwirtschaft, Handwerk, Hotellerie und Gastronomie geprägt.

Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen für die vorhandenen Betriebe zu verbessern. Die Landkreise, die Gemeinden und das Land sind aufgerufen, Konzepte für die Förderung und Ansiedlung von Unternehmen mit neuen Technologiefeldern wie Biotechnik, Informationstechnik, integrierter Transport und Verkehr inkl. Kommunikationstechnik, Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnik, Sicherheits- und Gefahrenvermeidungstechnik, Technik für den Gefahrguttransports und Sensorik zu entwickeln.

Hinzu kommt die Notwendigkeit der Einführung neuer Technologien der Energieeinsparung im Hochbau, um neue Jobs im Dienstleistungssektor und im Handwerk zu schaffen.

In Bereich Allgäu und Oberschwaben ist eine Vernetzung (Cluster) im Bereich des milchverarbeitenden Gewerbes anzustreben, insbesondere durch eine engere Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen der Region mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

In der Region muss einer Förderung des Messe-, Kongress- und Tagungswesen Vorrang eingeräumt werden. In diesem Zusammenhang ist die Messe Friedrichshafen für die gesamte Region von größter Bedeutung. Nach Stuttgart ist Friedrichshafen wichtigster Messestandort mit internationaler Bedeutung. Aus diesen Gründen ist eine Verbesserung der Verkehrsanbindung durch das Land anzustreben.

In der Tourismuspolitik des Landes ist weiter daran hinzuwirken, dass die Saisonabhängigkeit der Tourismuswirtschaft verringert wird. Fördermittel sind vorrangig auf die Unterstützung saisonverlängernder touristischer Vorhaben zu konzentrieren.

Liberaler Politik setzt sich in der Region dafür ein, kommunale Leistungen zu privatisieren, wenn Private diese Leistungen im konkreten Fall genauso gut oder besser anbieten können. Das gilt z.B. für Stadtwerke, Tourismuseinrichtungen, Krankenhäuser, Schwimmbäder, Bauleitung von Hoch- und Tiefbauten, Abwasserbeseitigung,

Kanalreinigung. Voraussetzung für Privatisierungen ist jedoch, dass die Versorgungssicherheit für die Menschen in der Region nicht gefährdet wird. Die Städte der Region sind aufgerufen, ein aufeinander abgestimmtes Wirtschaftskonzept für die gesamte Region mit individuellen Schwerpunkten zu entwickeln und bei der Realisierung die kommunale Wirtschaft mit einzubinden.

Der Bodensee-Raum als EU-Außengrenze

An der Grenze zur Schweiz brauchen wir Regelungen, die Dienstleistung und Handel von aufwendigen Zollabwicklungen entlasten (Harmonisierung).

Unterschiedliche Rechtsvorschriften (z.B. Aufenthaltsbewilligungen, Niederlassungsrecht, Steuerregelungen, Verkehrsrecht) hemmen grenzüberschreitende wirtschaftliche Aktivitäten. Die Grenze zur Schweiz ist für absehbare Zeit EU-Außengrenze. Für alle Teile der Region und für fast alle Politikfelder bedeutet dies erhebliche Probleme; für die Wirtschaftsbetriebe sind dies erhebliche Standortnachteile.

Daher ist das Ziel liberaler Politik, die Schweiz von den Vorteilen einer baldigen EU-Mitgliedschaft zu überzeugen. Aus diesen Gründen wird in den nächsten Jahren eine Aktivierung der Kontakte mit den liberalen Parteien im Kanton Thurgau, St. Gallen, Schaffhausen und Zürich angestrebt. Die frühere Liberale Bodenseegemeinschaft wird wieder ihre Aktivitäten aufnehmen.

Ziel liberaler Politik ist die Förderung von Universitäten und Hochschulen von Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Bereich Bodensee-Oberschwaben, und in die regionalen Wirtschaftsfeldern (Dienstleistung, Handwerk, Mittelstand) einzubeziehen sind.

Finanziell kommt der gesamten Bodensee- Region das INTERREG IV-Programm „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ zugute. Mit einem deutlichen Schub für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist zu rechnen. Die Fördermöglichkeiten sind durch liberale Vertreter bei der EU laufend zu überprüfen.

In der Aus- und Fortbildung sind Politik, Wirtschaft, Schulen, Verbände und Kammern ständig auf die Notwendigkeit grenzüberschreitender einheitlicher Strategien hinzuweisen. Nur so ist ein Europa der Regionen zu erreichen.

3. Bildung und Kultur

Kunst und Kultur haben am Bodensee und in Oberschwaben schon immer eine Heimat gehabt. Wir leben in einer Landschaft, die reichhaltige Zeugen einer bedeutenden Geschichte aufweist. Sie tragen zu einer Identifizierung mit der eigenen Geschichte bei, sie prägen die Anziehungskraft für Gäste und Besucher.

Das vorhandene Bildungsangebot ist in der Region mit Universitäten, Hochschulen und Schulen auch Privatschulen in seiner Vielfalt vorbildlich und weiter zu erhalten.

Die bildungspolitische und kulturelle Zusammenarbeit der Mitgliedsländer (IBK) ist weiter für die Schwerpunkte Hochschule, Vernetzung der Bibliotheken, Künstlerbegegnungen, Verleihung von Fördergaben für junge Künstler, Geschichtsarbeitskreis, Medienarbeit und kulturelle Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer zu fördern.

Die internationale Bodenseekonferenz muss endlich mit der Aufarbeitung der noch offenen Fragen hinsichtlich der gegenseitigen Anerkennung von Studienabschlüssen bzw. der schulischen Vorbildung zu Ende kommen.

4. Tourismus

Die Tourismuswirtschaft in Bodensee-Oberschwaben ist weiter durch das Tourismusinfrastrukturprogramm des Landes zu fördern.

Im Rahmen der Touristikkonzepte ist der Langzeiturlaub dem Tagestourismus vorzuziehen. Es sollen solche Erholungseinrichtungen bevorzugt werden, die dem Langzeiturlaub dienen.

Das Kur- und Bäderwesen im Bereich Oberschwaben Bad Saulgau, Bad Waldsee, Aulendorf, Bad Schussenried, Bad Buchau, Bad Wurzach, Isny ist für die Region von größter Bedeutung. Die Fördermaßnahmen des Landes sind ausgewogen zu vergeben. Dies gilt ebenso für die Thermen im Bereich Konstanz, Meersburg und Überlingen.

Tourismus wird auch für viele Gemeinden im ländlichen Oberschwaben zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor.

Das breit gefächerte landschaftliche, historische und kulturelle Angebot Oberschwabens ist zu erhalten. Es ist verstärkt sichtbar zu machen und als eigene Marke national und international zu bewerben. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Tourismusgesellschaften und den privaten Leistungsträgern muss weiter voran getrieben werden.

5. Verkehr

Die B 31 mit Umgehung Friedrichshafen und B 30 (Umgehungs-Torso Ravensburg Weissenau, Lückenschluss BC-Bad Waldsee-Weingarten) ist mit allen politischen Mitteln einzufordern. Die Belastung ist für die Bürger die Gäste und für die regionale Wirtschaft unerträglich. Der Ausbau der B 31 zu einer Autobahn und der Lückenschluss zu Allensbach und der Schweiz sind zügig voranzutreiben. Entsprechende Planungen sind umzusetzen.

Ebenso bedarf es zur Verbesserung der Ost-West-Verbindung eines schnellen Ausbaus der B312 als Verbindung zwischen B311 und A96 auf der Achse Freiburg, Tuttlingen, Mengen, Biberach, Memmingen. Dabei ist eine durchgehend durchdachte und geplante Trassenführung vielen Teilumfahrungslösungen zwingend vorzuziehen.

Die Bedeutung des Flughafens FN für die Region ist unbestritten. Durch ihn werden Nachteile der Randlage ausgeglichen. Er ist wichtig für die Wirtschaft und das Messe und Tagungswesen im Raum Bodensee-Oberschwaben. Andererseits liegt er im ökologisch sensiblen Bodenseeraum, welcher schon zahlreichen Belastungen ausgesetzt ist. An- und Abflug erfolgen über den See und relativ dicht besiedelten Gebiete (Stadt Friedrichshafen und Meckenbeuren).

Die Liberalen sprechen sich pro Flughafen Friedrichshafen und Memmingen aus. Ein geplantes Wachstum darf aber nicht zur Zunahme des Lärmpegels führen. Die Möglichkeiten der Lärmverminderungen müssen dem jeweiligen Stand der Technik entsprechen. Die Liberalen lehnen eine ideologisch geprägte Diskussion ab.

Die Schienenstrecke Ulm-Lindau-Bregenz ist auszubauen und zu elektrifizieren. Die geplante Aufnahme des elektrischen Betriebs zum Fahrplan 2012 ist einzuhalten. Die vorhandene Ost-West- Bahnverbindung im Bodenseehinterland (Sigmaringen – Aulendorf - Kißlegg) ist beizubehalten und weiter durch das Land abzusichern und weiter durch das Land mitzufinanzieren.

Für die Optimierung und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs als Kernaufgabe in den Flächenkreisen der Region Bodensee-Oberschwaben müssen neue Ideen und Ansätze flexibler Bedarfsverkehre gefordert und gefördert werden.

Eine engere Zusammenarbeit zwischen den regionalen Netzen verspricht höhere Mobilität und mehr Qualität.

Die FDP Bodensee-Oberschwaben, fordert darüber hinaus, den raschen Ausbau der Bodenseegürtelbahn und die angestrebte Elektrifizierung. Diese Verkehrsverbindung entlastet den ständig wachsenden Durchgangsverkehr in den Bodensee-Ufergemeinden und verbessert deren Tourismusperspektiven insbesondere in den Bereichen ökologische Wirtschaft, gesunde Umwelt und Ferien in unbelasteter Landschaft.

Die Wiedereinführung des Stundentaktes auf der Allgäubahn ist anzustreben.

6. Umwelt, Natur und Wassersport in Bodensee-Oberschwaben

Der Bodensee als größter Trinkwasserspeicher Europas, die Bodenseelandschaft und Oberschwaben als Lebensraum zahlreicher gefährdeter Tier- und Pflanzenarten haben überragende ökologische Bedeutung.

Die Bevölkerung im Bodenseeraum und Oberschwaben wächst schneller als im Landesdurchschnitt und die Belastung durch Bevölkerungsdichte und Siedlungsdruck nimmt zu. Dies ist die Folge der landschaftlich und kulturell attraktiven Region. Auch der Drang zu einem Zweitwohnsitz in Bodenseenähe ist zu beobachten. Gemeinden, die eine Zweitwohnungssteuer erheben, sollten Berufstätige und Studenten von dieser Zusatzbelastung befreien.

Die ökologischen Belastungen durch eine weitere Erhöhung der Bevölkerungs- und Verkehrsdichten sind Probleme die liberale Kommunalpolitiker beachten und in den betroffenen Gemeinden mit wirksamen Maßnahmen dringen müssen. Die Landesregierung und untergeordnete Behörden müssen ständig überprüfen, welche Belastungen durch die dichter werdende Besiedlung im Bodenseeraum entstehen.

Maßnahmen zum Schutz und zur Freihaltung der un bebauten Uferzonen müssen weitergeführt werden (Ufer, Flachwasserzonen und Schilfprogramm). Das Umweltprogramm der Landesregierung für den Bodensee ist unter dem Aspekt eines gesamtheitlichen Umweltschutzes weiterzuführen.

Die führende Stellung des Bodenseeraums im Bereich der Abwasseraufbereitung mit 223 modernen Kläranlagen im gesamten Einzugsgebiet muss erhalten und bei Bedarf ausgebaut werden. Es darf keine Ausnahmegenehmigung für Einleitungen geben, deren Abwasser nicht ausreichend geklärt ist

Die Liberalen Bodensee-Oberschwabens wenden sich gegen die Vorverurteilung des Wassersports. Die meisten Wassersportler lieben den See und sind an einem Wassersport mit ordnenden Elementen zum Schutz des Sees interessiert.

Die Umweltbelastungen durch den Bootsverkehr sind in Zahl und Umfang umstritten. Die Zahl der Schiffe auf dem Bodensee ist seit 1990 weitgehend konstant geblieben. Eine positive Entwicklung ist insofern zu verzeichnen, als die als besonders gewässertoxisch bekannten 2-Takt-Ottomotoren zunehmend verschwinden. Seit Einführung der Abgasgrenzwerte für Bootsmotoren im Jahr 1993 hat ihr Anteil um rund 11.000 Motoren auf jetzt noch rund 4.200 Motoren abgenommen.

Die vorhandenen Liegeplätze sollen nicht mehr vermehrt werden. Mit den Anrainerstaaen muss im Rahmen der internationalen Bodenseekonferenz eine abgestimmte Konzeption für Hafenanlagen erarbeitet werden. Der Bau von Hafenanlagen soll nach einem Ordnungsprinzip (Parkplätze, Entsorgungsanlagen) erfolgen.

7. Hochwasserschutz

Die begonnenen Hochwasserschutzmaßnahmen des Landes für den Bereich Obere Argen (Wangen), Eschach und Aitrach (Leutkirch, Aichstetten, Aitrach) sind weiter fortzuführen. Für den südlichen Teil Ravensburgs im Bereich Grünlandsiedlung ist ein wirksamer Hochwasserschutz notwendig.

Im Bereich des Illertals ist eine weitere Verbesserung der länderübergreifenden Zusammenarbeit notwendig.

Die begonnenen Aktivitäten zum Hochwasserschutz an der Donau müssen fortgeführt und bedarfsgerecht angepasst werden.

Die Planungen für eine Hochwassergefahrenkarte sind positiv zu bewerten und sollten zügig abgeschlossen sein.

8. Landwirtschaft

Die Landwirtschaft am Bodensee und in Oberschwaben ist geprägt durch die Vielzahl von Sonderkulturen (Obstbau, Weinbau, Hopfen, Gemüse und andere Spezialkulturen). Eine Kernkompetenz ist der qualitäts- und umweltbewusste Anbau von Sonderkulturen. Hopfen leistet in der Bodenseeregion einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung in der Landwirtschaft. Nahezu die Hälfte der baden-württembergischen Baumobstflächen liegt in der Bodenseeregion (einschließlich des Landkreises Ravensburg).

Die zum Teil freiwilligen Maßnahmen der extensiven und umweltgerechten Landwirtschaft sind erheblich. Der Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich ist weiter auszubauen. Ökologische Anbauverfahren sind weiter anzustreben.

Der ländliche Raum in der Region Bodensee-Oberschwaben ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor geworden. Landschaft und natürliche Heilmittel (Heilquellen, Moore, gesundes Klima) bieten hierfür beste Voraussetzungen. Die vielfältigen Kulturlandschaften gehören zum touristischen Kapital der Region Bodensee-Oberschwaben. Zum ganzheitlichen und authentischen Erlebnis der Kulturlandschaften tragen insbesondere die weitgehend intakte Natur, kulturgeschichtliche Attraktionen sowie kulinarische Spezialitäten bei.

Der Betriebszweig „Urlaub auf dem Bauernhof“ ist für viele landwirtschaftliche Betriebe zu einem unverzichtbaren Zusatzeinkommen geworden.

Der Forstwirtschaft fallen multifunktionelle Aufgaben zu (Klima, Naherholung, nachwachsende Rohstoffe). Eine naturnahe Waldbewirtschaftung muss auch weiterhin gesichert sein. Hierbei kommt der Schonung der kommunalen Waldwege durch privatwirtschaftliche Holzabfuhr besondere Bedeutung zu.

Die Liberalen Bodensee-Oberschwabens setzen sich dafür ein, dass die Landwirtschaft bei Erlöseinbußen wegen Absenkung des Nährstoffeintrags sowie des integrierten und alternativen Landbaus oder auch für die gesamtgesellschaftliche wichtige Funktion der Erhaltung einer offenen Landschaft einen angemessenen Ausgleich erhält. Das Land wird aufgefordert, die Rahmenbedingungen zu schaffen und bei der Einrichtung von Pilotmärkten und Marketing-Konzepten zu helfen.

Für den Mittelstand auch in der Landwirtschaft: Stärkung der kleinen und mittleren Betriebe

Die Kulturlandschaft Oberschwabens ist geprägt von kleinen und mittleren Betrieben in der Landwirtschaft. Die Aufgabe vieler dieser Betriebe verändert die Landschaft bereits aktuell. Die Tendenz zu Agrarfabriken und großen Betrieben mit zusammenhängenden Anbauflächen ist deutlich erkennbar.

Bei den derzeitigen Förderprogrammen der großen Agrarbetriebe durch die Landwirtschaftspolitik dürfen die kleinen und mittleren Betriebe nicht vergessen werden.

Die von der FDP angestrebten Fördermaßnahmen für den Mittelstand müssen verstärkt auf die Landwirtschaft übertragen werden. Politik, die den Mittelstand in der Landwirtschaft stärkt, ist die bessere Landwirtschaftspolitik. Wir wollen, dass Landwirte wie freie Unternehmer agieren können. Dazu muss man Ihnen aber auch die Freiheit und Verantwortung lassen, wie freie Unternehmer zu handeln und zu entscheiden.

Eine permanente Steuerung durch Quoten und Subventionen führt nicht zu marktwirtschaftlichen Erfolgen, sondern immer mehr zu einer ineffektiven Planwirtschaft. Aus diesem Grunde erachten wir eine Eingliederung der Landwirtschaft in das Wirtschaftsministerium als sinnvoll.

Milchwirtschaft

Zur freien unternehmerischen Entscheidung gehört auch, dass durch die eigene Entscheidung über die produzierte Menge meiner Ware Einfluss auf den Markt und auf die Preise am Markt genommen werden kann.

Die Milchwirtschaft befindet sich gegenwärtig in einer für viele Landwirte existenzbedrohenden Krise. Diese Krise ist zum einen strukturell bedingt und zum anderen von der Politik geschaffen.

Der Milchmarkt wird von einer strukturellen Überproduktion von Milch und einem ungleichen Wettbewerb zwischen einer Vielzahl von Anbietern von Rohmilch und einer geringeren Anzahl von oligopolistischen Aufkäufern dominiert. Im Markt für Milchprodukte hat der Lebensmittelhandel eine marktbeherrschende Position, die niedrige Lebensmittelpreise zur Folge hat. Auf die Molkereien entsteht ein großer Druck, den Preisdruck an die Landwirte weiterzugeben.

Darüber hinaus existieren immer noch Subventionen, die eine Ausweitung der Produktionsmenge an Milch, trotz Überkapazitäten am Markt fördern. Wir Liberale wollen, dass Landwirte nicht zu bloßen Subventionsempfängern werden, sondern vom Verkauf ihres Produktes leben können. Um dies zu ermöglichen, ist es zwingend notwendig, einen funktionierenden Milchmarkt mit fairen Bedingungen für alle Marktteilnehmer zu schaffen. Auf dem gegenwärtigen Milchmarkt sind weder langfristig nachhaltiges Wirtschaften noch funktionierender Wettbewerb möglich.

Deshalb unterstützt die FDP Bodensee-Oberschwaben das European Milk Board (Zusammenschluss Verkaufsorganisation der Milchbauern) und fordert die Streichung von Subventionen, die eine Ausweitung der Produktionsmenge an Milch verursachen. Die hier freiwerdenden Mittel sind für die Förderung der Direktvermarktung von Rohmilch durch die Erzeuger einzusetzen.

Mittelfristig soll die Milchquote auslaufen, wenn auf dem Milchmarkt faire Bedingungen ohne eine einseitige Marktbeherrschung durch eine Seite bestehen. In der langfristigen Perspektive kann ein liberalisierter Milchmarkt nur funktionieren, wenn für alle Marktteilnehmer, auch für die Milchbauern, faire Bedingungen herrschen.

9. Das Ehrenamt als Säule der Gesellschaft

Es ist eine Liberale Grundüberzeugung: Staat und Verwaltung können nicht alles regeln – und sie müssen es auch nicht. Denn in vielen Dingen können die Bürger als „Experten in eigener Sache“ ihre Probleme oder Wünsche mit viel Wissen und Tatkraft gut selbst lösen.

Eine freiheitliche Gesellschaft braucht das Engagement der Bürger, sei es in Familie und Nachbarschaft, in Initiativen, Kirchen, Vereinen, Verbänden, im Rettungsdienst, Katastrophenschutz und anderen gesellschaftlichen Organisationen. Das Ehrenamt ist in Städten und Gemeinden eine wichtige Säule unseres Gemeinwesens und damit nicht hoch genug einzuschätzen und zu würdigen.

Wir sehen das Ehrenamt nicht als Entlastung einer Stadt oder Gemeinde von freiwilligen kommunalen Aufgaben, sondern als Element der Selbstverwirklichung, des Engagements von Bürgerinnen und Bürgern für die Gemeinschaft. Dabei sind Mitwirkung, Mitbestimmung und vor allem die Mitverantwortung ein wichtiges Motiv für das ehrenamtliche, freiwillige und selbstorganisierte Engagement.

Die ältere Generation trägt mit der Bereitschaft, berufliche Qualifikationen einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen wesentlich zur Fortentwicklung des Ehrenamts bei.

Eine deutlicher Trend ist in der Wahrnehmung des Ehrenamtes ersichtlich: Bürgerinnen und Bürger übernehmen eher projektbezogene Ehrenämter mit überschaubaren Laufzeiten und transparenten Leistungen anstatt Ehrenämter mit dauerhafter und kontinuierlicher Arbeit. Gerade im Bezug auf diese Veränderung in der Bereitschaft zum Ehrenamt ist das örtliche Ehrenamtspotential vielfach noch nicht ausreichend genutzt oder aktiviert. Dies gilt insbesondere für das politische Ehrenamt!

10. Euregio Bodensee – Bodenseerat

Der im November 1991 konstituierte „Bodenseerat“ soll Bindeglied zur Bodenseekonferenz der Regierungschefs sein.

Die Berufungskriterien für die Berufung in den Bodenseerat sind öffentlich zu machen und liegen bisher in einer Grauzone.

Die Ziele des Bodenseerates sind neu zu formulieren. Hier ist zwar ein geeignetes Forum für eine Politik der kleinen Schritte, aber die fehlende klare Struktur hindert die Umsetzung von vorhandenen Vorschlägen. Durch den Städtebund Bodensee entsteht eine Art Konkurrenz, was aber für die internationale Zusammenarbeit am Bodensee durchaus fruchtbar sein kann.

Die Liberalen Bodensee-Oberschwaben unterstützen den Grundgedanken der „Euregio“ und wollen verhindern, dass „Seepolitik“ vorwiegend von Stuttgart aus betrieben wird. Voraussetzung für eine erfolgreiche Bodenseepolitik ist die Einbindung aller relevanten Kräfte und die Schaffung überschaubarer Strukturen. Es ist an der Zeit an diesen Fragen zu arbeiten.

Die Liberalen Bodensee-Oberschwabens werden zur Aktivierung der internationalen Zusammenarbeit jährlich im Frühherbst ein Bodenseetag der Liberalen einberufen.

Zu ihm verpflichten sich die Liberalen der Anrainerstaaten.

Er soll nicht ausschließlich, aber schwerpunktmäßig der Jugend gewidmet sein.

Liberale Politik für die nächste Generation in einem Europa der Regionen ist der Tenor!

11. Jugend

Für eine ganzheitlich attraktive Region, ist eine aufgeschlossene und zukunftsorientierte Jugendpolitik unerlässlich. Längst ist eine weltoffene und integrierende Jugendpolitik zu einem entscheidenden Faktor bei der Wahl des Wohnortes für Familien geworden.

Junge Menschen wünschen sich ein vielseitiges Angebot, mehr Beteiligungsmöglichkeiten und eine stärkere Mitbestimmung vor Ort. So ist es Aufgabe einer liberalen Jugendpolitik, die jungen Menschen in die Verantwortung zu nehmen und ihnen beispielsweise über Jugendgemeinderäte Einflussmöglichkeiten zu gewährleisten. Das Angebot für die Jugend muss kontinuierlich überdacht und an deren Bedürfnisse angepasst werden. Über Jugendsozialarbeiter und Jugendzentren wie in den meisten Kreisstädten der Region, kann der direkte Dialog zwischen den Jugendlichen und den Städten gefördert werden.

Generationengerechtigkeit

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist ein strikter Sparkurs unerlässlich. Es darf längerfristig keine Verschuldung auf Kosten kommender Generationen geben. Die Grundlage der Generationengerechtigkeit ist eine vorausschauende und sparsame Politik, die auch künftigen Generationen eine finanzielle Grundlage garantiert. Die Jugend ist die Zukunft – auch in der Region Bodensee-Oberschwaben!

12. Zum Stichwort

A

| | |
|--------------------------------|----|
| Anrainerstaaten Bodensee | 17 |
| Aus- und Fortbildung..... | 5 |
| Ausgewogenheit | 3 |

B

| | |
|--|----|
| B 30 | 8 |
| B 31 | 8 |
| Bevölkerungsdichte..... | 10 |
| Bildungsangebot | 6 |
| Bodensee als Trinkwasserspeicher | 10 |
| Bodenseekonferenz | 6 |
| Bodenseerat..... | 17 |
| Bootsverkehr..... | 11 |

D

| | |
|----------------------|---|
| Dienstleistung | 5 |
|----------------------|---|

E

| | |
|-----------------------------------|----|
| Elektrifizierung der Südbahn..... | 8 |
| Energieeinsparung | 4 |
| EU-Außengrenze | 5 |
| Euregio | 17 |

F

| | |
|--|----|
| Flughafen FN | 8 |
| Fördermaßnahmen | 7 |
| Fördermöglichkeiten..... | 5 |
| Förderung und Ansiedlung von Unternehmen | 4 |
| Förderung von Hochschulen und Fachhochschulen .. | 5 |
| Forstwirtschaft | 13 |

G

| | |
|--|----|
| Gastronomie | 4 |
| Gefährdete Tier- und Pflanzenarten | 10 |
| Gegensätzliche Nutzungsziele..... | 3 |
| Generationengerechtigkeit | 18 |

H

| | |
|---------------------------------|------|
| Handwerk..... | 4, 5 |
| Hochwassergefahrenkarte | 12 |
| Hochwasserschutzmaßnahmen | 12 |
| Hotellerie | 4 |

I

| | |
|-------------------|---|
| INTERREG IV | 5 |
|-------------------|---|

J

| | |
|----------------------------|----|
| Jugendgemeinderäte | 18 |
| Jugendpolitik | 18 |
| Jugendsozialarbeiter | 18 |

K

| | |
|-----------------------------------|----|
| Konzeption für Hafenanlagen | 11 |
| Kunst und Kultur | 6 |
| Künstlerbegegnungen | 6 |
| Kur- und Bäderwesen..... | 7 |

L

| | |
|--------------------------------------|----|
| Landbewirtschaftung | 13 |
| Langzeiturlaub..... | 7 |
| Lärmverminderungen | 8 |
| Liberaler Bodenseegemeinschaft | 5 |

M

| | |
|-----------------------------|------|
| Medienarbeit | 6 |
| Messe Friedrichshafen | 4 |
| Messestandort | 4 |
| Mittelstand..... | 4, 5 |

N

| | |
|----------------------------|----|
| Natürliche Heilmittel..... | 13 |
| Neue Technologien | 4 |

O

| | |
|----------------------|---|
| Ökologisierung | 3 |
|----------------------|---|

R

| | |
|-------------------------|---|
| Rahmenbedingungen | 4 |
|-------------------------|---|

S

| | |
|--|----|
| Schienenstrecke Ulm-Lindau-Bregenz | 8 |
| Sonderkulturen | 13 |
| Studienabschlüsse..... | 6 |

T

| | |
|---------------------------------------|---|
| Tourismus-Infrastrukturprogramm | 3 |
| Tourismuspolitik..... | 4 |
| Touristikkonzepte..... | 7 |

U

| | |
|---|----|
| Uferzonen..... | 10 |
| Umgehung Friedrichshafen | 8 |
| Umgehungs-Torso Ravensburg Weissenau..... | 8 |
| Urlaub auf dem Bauernhof | 13 |

V

| | |
|----------------------------------|---|
| Verleihung von Fördergaben | 6 |
|----------------------------------|---|

W

| | |
|-------------------|----|
| Wassersport | 10 |
|-------------------|----|

Z

| | |
|------------------------|---|
| Zollabwicklungen | 5 |
|------------------------|---|

